

**Mietvertrag zur Lieferung und Installation
von Druck- und Multifunktionssystemen
sowie Software und Full-Service**

zwischen

BG Klinikum Hamburg gGmbH

Bergedorfer Straße 10, 21033 Hamburg

vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Dr. Harald Müller

- nachfolgend „**Auftraggeber**“ genannt -

und

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

- nachfolgend „**Auftragnehmer**“ genannt -

- nachfolgend gemeinsam auch „Parteien“ genannt -

Präambel

Als medizinische Einrichtungen der gesetzlichen Unfallversicherung versorgen die Berufsgenossenschaftlichen Kliniken (BG Kliniken) Menschen nach Arbeitsunfällen oder bei Berufskrankheiten – mit allen geeigneten Mitteln.

Gleichzeitig sind die BG Kliniken aber auch verantwortlich für die Gesundheitsversorgung der Gesamtbevölkerung, daher stehen die BG Kliniken auch für Patienten aller anderen Krankenversicherungen offen.

Träger der BG Kliniken sind die neun gewerblichen Berufsgenossenschaften sowie neun Unfallkassen. Die neun Berufsgenossenschaftlichen Akutkliniken der gesetzlichen Unfallversicherung zählen zu den größten Trauma Zentren in Deutschland. Gemeinsam mit einer Klinik für Berufskrankheiten und zwei Unfallbehandlungsstellen versorgen sie als BG Kliniken etwa 550.000 Patienten pro Jahr mit innovativer Spitzenmedizin auf höchstem Niveau.

Seit dem Jahr 2016 sind die BG Kliniken in einem Unternehmen mit Holdingstrukturen zusammengeschlossen. Mit rund 17.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von mehr als 1 Milliarde Euro bilden die BG Kliniken damit einen der größten Klinikverbunde Deutschlands.

Die Auftraggeberin, die BG Klinikum Hamburg gGmbH, ist eine Tochtergesellschaft der BG Kliniken – Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung gGmbH und zählt zu den größten Traumazentren in Deutschland. Rund 2.270 Beschäftigte stellen die qualifizierte Versorgung von über 40.000 Patientinnen und Patienten jährlich sicher.

Der Auftragnehmer hat auf sein Angebot in dem EU-weiten Vergabeverfahren des Auftraggebers mit dem Aktenzeichen 69-25 (200) HAM Druck- und Multifunktionssysteme den Zuschlag erhalten.

Die Parteien vereinbaren folgendes:

§ 1 Vertragsbestandteile

- (1) Diese Vereinbarung besteht aus den folgenden Bestandteilen, die zugleich Rangfolge ist
 - a) den Bestimmungen dieser Vertragsurkunde
 - b) Leistungsverzeichnis inklusive der Anlagen 1 – 3
 - Technische Leistungsmerkmale der Systeme
 - Preisblatt

- Standortübersicht
 - c) Tariftreueerklärung
 - d) Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung (AVV)
 - e) Rückfragenliste
 - f) den Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der jeweils gültigen Fassung.
- (2) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sowie sonstige vom Auftraggeber nicht geforderte, dem Angebot beigelegte Unterlagen und Bedingungen des Auftragnehmers sind nicht Vertragsbestandteil.

§ 2 Vertragsgegenstand und Zweck

- (1) Gegenstand der Leistung sind die Lieferung und Installation von Druck- und Multifunktionssystemen inklusive Software und Full-Service gemäß Leistungsverzeichnis inklusive Anlagen („All-in-Miet- und Fullservicevertrag“).
- (2) Es steht dem Auftraggeber frei, vereinbarte Optionen zu den vereinbarten Konditionen beim Auftragnehmer zu beauftragen.

§ 3 Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Leistung nach Maßgabe der Bestimmungen der vorliegenden Vereinbarung zu erfüllen.
- (2) Möchte der Auftragnehmer Nachunternehmer einsetzen, die im Vergabeverfahren noch nicht benannt wurden, hat er vor dem beabsichtigten Einsatz die Zustimmung des Auftraggebers einzuholen. Der Auftraggeber kann Nachunternehmer bei Zweifeln an deren Eignung ablehnen. Sofern der Auftraggeber Zweifel an der Eignung von bereits im Vergabeverfahren benannten Nachunternehmern hat, kann er deren Ersetzung verlangen und dem Auftragnehmer dafür eine angemessene Frist setzen.

§ 4 Ausführung der Leistungen

- (1) Der Auftraggeber hat das Recht, den Einsatz von Arbeitskräften des Auftragnehmers in begründeten Fällen zu untersagen, insbesondere wenn die Arbeitskräfte den hier gestellten Anforderungen nicht entsprechen oder den diesbezüglichen Anordnungen nicht Folge leisten. In diesem Fall hat der Auftragnehmer sofort geeigneten Ersatz zu stellen.

- (2) Der Auftraggeber kann sich von der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung unterrichten.
- (3) Der Auftragnehmer erteilt dem Auftraggeber auf Verlangen Auskunft über den aktuellen Stand der jeweiligen Aufgabenerfüllung.
- (4) Der Auftraggeber ist berechtigt im Rahmen von Notfällen sowie der Einhaltung von Bestimmungen zur Arbeitssicherheit und Abwehr von Gesundheitsgefahren den in seiner Einrichtung tätig werdenden Arbeitskräften Hinweise und Anordnungen zu erteilen.
- (5) Der Auftragnehmer hat seine Arbeitskräfte anzuweisen, Mängel, Schäden, Störungen, Unfallgefahrstellen unverzüglich bei der vom Auftraggeber benannten Stelle zu melden.

§ 5 Vergütung

Die Vergütung richtet sich nach dem Preisblatt, das Teil des Leistungsverzeichnisses ist. Vereinbarte Einheitspreise oder Pauschalpreise sind jeweils Festpreise.

§ 6 Rechnungen und Zahlungen

- (1) Die Fakturierung der zu zahlenden Leistungen erfolgt als Sammelrechnung zu Beginn einer Abrechnungsperiode. Eine Anlage zur Rechnung beinhaltet Angaben über die Systemstandorte, Zählerstände und Verbrauchswerte pro System, die Kostenstelle und den Fachbereich. Dem Auftraggeber wird diese Anlage auch als Exceldatei zur Verfügung gestellt.
 - a) Grundpauschalen (Miete und Seitenvolumen) sind kalenderhalbjährlich zu Beginn einer Abrechnungsperiode in Rechnung zu stellen. Das Seitenvolumen wird mit 100 % der bisherigen Seitenverbräuche angesetzt.
 - b) Die Kosten für Mehrseiten werden pro Kalenderjahr in Rechnung gestellt. Die Gutschrift von eventuellen Minderseiten hat jährlich zu erfolgen und ist dem Auftraggeber innerhalb von 30 Tagen zukommen zu lassen. Die Basis für die Berechnung von Mehr- bzw. Minderseiten sind die angebotenen Folgeseitenpreise. Falls Minderseiten rückvergütet werden müssen, so werden für die Folgejahre die in der Grundpauschale enthaltenen Freiseiten auf 90% des Vorjahresvolumens reduziert.
 - c) Die Zählerstände werden automatisch termingerecht von der zu liefernden Software an den Auftraggeber und Auftragnehmer zu Abrechnungszwecken übermittelt.
- (2) Rechnungen werden ohne abweichende Vereinbarung in einfacher Ausfertigung auf den Auftraggeber ausgestellt und in elektronischer Form übermittelt. Sofern die

Voraussetzungen der Verordnung über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen des Bundes (E-Rechnungsverordnung - ERechV) erfüllt sind, ist die Übermittlung der Rechnung über die nach Vertragsschluss benannte Leitweg ID des Auftraggebers über die Rechnungseingangsplattform OZG-RE nach den Vorschriften dieser Verordnung vorzunehmen. Im Übrigen erfolgt die Rechnungsstellung per PDF an eine vom Auftraggeber nach Vertragsschluss benannte E-Mail-Adresse.

- (3) Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer gilt.
- (4) Die Zahlung des Rechnungsbetrages erfolgt binnen 30 Tagen nach Eingang der prüfbaren Rechnung. Alle Zahlungen werden bargeldlos in Euro geleistet. Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag der Abgabe oder Absendung des Zahlungsauftrags an ein Geldinstitut.
- (5) Bei Rückforderungen der Auftraggeberin aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
- (6) Im Falle der Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 % über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen. Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.

§ 7 Versicherung

- (1) Der Auftragnehmer hält eine Haftpflichtversicherung oder eine vergleichbare marktübliche Versicherung mit einer Haftpflichtdeckungshöhe von mindestens 1 Mio. Euro für Personenschäden und 1 Mio. Euro für Sach- und Vermögensschäden pro Versicherungsjahr (2-fach maximiert) und Schadensfall vor.
- (2) Der Auftragnehmer wird diesen Versicherungsschutz bis zum Abschluss seiner Vertragserfüllung aufrechterhalten, mindestens aber bis zur Verjährung der Mängelansprüche. Der Auftraggeber ist vor und während der Leistungsausführung jederzeit berechtigt, vom Auftragnehmer einen Nachweis des Bestehens der Versicherung zu verlangen.

§ 8 Laufzeit und Kündigung

- (1) Die Laufzeit des Vertrags beginnt zum 01.04.2027. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 72 Monaten. Der Vertrag endet zum 31.03.2033, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Dies gilt auch für Systeme, die während der Vertragslaufzeit zusätzlich bestellt werden.
- (2) Der Auftraggeber kann den Vertrag einmalig bis 3 Monate vor Ablauf durch schriftliche Erklärung um 12 Monate verlängern. Die Vergütung für die Vertragsverlängerung (Miete und Seitenpreise) richtet sich nach dem Preisblatt, das Teil des Leistungsverzeichnisses ist. Nach Ablauf der vereinbarten Verlängerung endet der Vertrag zum 31.03.2034, ohne dass es einer weiteren Kündigung durch den Auftraggeber bedarf.
- (3) Eine außerordentliche Kündigung aus wichtigem Grund richtet sich nach den Regeln des § 314 BGB.
- (4) Kündigungen bedürfen der Schriftform.

§ 9 Mangelbeseitigung und Schadenersatz

- (1) Für den Fall, dass ein Mangel nicht beseitigt werden kann oder weitere Nachbesserungsversuche unzumutbar sind, hat der Auftraggeber das Recht, einen Austausch des Gerätes gegen ein gleich- oder höherwertiges Gerät zu verlangen (Wandelung). Unzumutbar sind weitere Nachbesserungsversuche, wenn der gleiche Fehler innerhalb von einem Quartal dreimal auftritt. Diese Regelung betrifft auch Störungen, die im Zusammenhang mit Zubehör wie z. B. Vorlageneinzug oder Finishern stehen.
- (2) Der Auftragnehmer ersetzt alle nachgewiesenen Aufwendungen, die dem Auftraggeber durch nicht fristgemäße Beseitigung gemeldeter Störungen oder Austausch von Geräten entstehen. Gleiches gilt für nachgewiesene Aufwendungen, die durch Software entsteht, welche die in der Anlage Leistungsverzeichnis aufgeführten Anforderungen nicht vollständig erfüllt. Für alle übrigen Fälle gelten die gesetzlichen Haftungs- und Schadenersatzregelungen.
- (3) Die o. g. Ansprüche gelten auch bei nicht fristgerechter Lieferung und betriebsbereiter Installation von Systemen und Software. Im Übrigen bleibt das Recht zur außerordentlichen Kündigung unberührt.

§ 10 Abtretung

- (1) Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber können ohne Zustimmung des Auftraggebers nur abgetreten werden, wenn die Abtretung sich auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen

Nachträge erstreckt. Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers gegen ihn wirksam.

(2) Eine Abtretung wirkt gegenüber dem Auftraggeber erst

a. wenn sie ihm vom alten Gläubiger (Auftragnehmer) und vom neuen Gläubiger untergenauer Bezeichnung der auftraggebenden Stelle und des Auftrages schriftlich angezeigt worden ist und

b. wenn der neue Gläubiger eine Erklärung mit folgendem Inhalt abgegeben hat:

„Ich erkenne an,

1. dass die Erfüllung der Forderung nur nach Maßgabe der vertraglichen Bestimmungen beansprucht werden kann,

2. dass mir gemäß § 404 BGB die Einwendungen entgegengesetzt werden können, die zur Zeit der Abtretung gegen den bisherigen Gläubiger begründet waren,

3. dass die Aufrechnung mit Gegenforderungen in den Grenzen des § 406 BGB zulässig ist,

4. dass eine durch mich vorgenommene weitere Abtretung gegenüber dem Auftraggeber nicht wirksam ist.

Zahlungen, die der Auftraggeber nach der Abtretung an den Auftragnehmer leistet, lasse ich gegen mich gelten, wenn vom Zugang der Abtretungsanzeige beim Auftraggeber bis zum Tag der Zahlung (Tag der Hingabe oder Absendung des Überweisungsauftrags an die Post oder Geldanstalt) noch nicht 6 Werktage verstrichen sind. Dies gilt nicht, wenn der für die Zahlung zuständige Mitarbeiter schon vor Ablauf dieser Frist von der Abtretungsanzeige Kenntnis hatte.“

(3) Abtretungen aus mehreren Aufträgen sind für jeden Auftrag gesondert anzuzeigen.

(4) Ohne Einhaltung der vorgenannten Abtretungsvoraussetzungen kann der Auftragnehmer Geldforderungen an einen Dritten abtreten, wenn der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches (HGB) ist und das Rechtsgeschäft, das die Forderung begründet hat, für ihn ein Handelsgeschäft ist (siehe § 354 a S. 1 HGB). Die Forderungsabtretung entfaltet dann aber keine bindende Wirkung gegenüber dem Auftraggeber; er kann vielmehr weiterhin mit befreiender Wirkung an den Auftragnehmer Zahlungen leisten. Das gilt auch dann, wenn die Forderungsabtretung dem Auftraggeber angezeigt wird oder er anderweitig davon Kenntnis erlangt (siehe § 354 a S. 2 und 3 HGB).

(5) Der Auftragnehmer kann einzelne Rechte aus dem Vertrag oder das gesamte Vertragsverhältnis, sowie alle dazu gehörenden Zusatzvereinbarungen mit allen

Rechten und Pflichten, insbesondere zu Refinanzierungszwecken an eine Finanzierungs-/ oder Leasinggesellschaft übertragen. Hierbei gelten ausschließlich die Vertragsbedingungen aus diesem Vertrag sowie seiner Anlagen. Die Übertragung steht unter dem Vorbehalt der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Der Auftraggeber darf die Zustimmung nicht aus unsachlichen Gründen verweigern. Der in den Vertrag eintretende Dritte muss die erforderliche Eignung aufweisen.

- (6) Der Auftragnehmer versichert, dass dem Auftraggeber durch die Übertragung keine Nachteile in sachlicher und finanzieller Hinsicht entstehen. Der Auftragnehmer bleibt immer Ansprechpartner des Auftraggebers.

§ 11 Geheimhaltung

- (1) Die Parteien verpflichten sich, sämtliche Geschäftsgeheimnisse, einschließlich des Vertragsinhalts und anderer als vertraulich gekennzeichneten Informationen der jeweils anderen Partei („vertrauliche Informationen“), vertraulich zu behandeln. Die empfangende Partei („Empfänger“) wendet hierbei mindestens die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns an.
- (2) Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich im Zusammenhang mit diesem Vertrag genutzt werden. Eine Weitergabe an Dritte bedarf der vorherigen Zustimmung der offenlegenden Partei. Keine Dritten im Sinne dieser Regelung sind verbundene Unternehmen sowie gesetzlich zur Verschwiegenheit verpflichtete Berater.
- (3) Der Empfänger ist zur Offenlegung verpflichtet, soweit gesetzlich erforderlich. Sofern zulässig, informiert der Empfänger die offenlegende Partei vorab.
- (4) Mitarbeiter und Dritte, denen vertrauliche Informationen weitergegeben werden, sind zur vertraulichen Behandlung verpflichtet, auch nach Beendigung ihres Einsatzes, sofern nicht bereits eine entsprechende Verpflichtung besteht.
- (5) Von der Vertraulichkeitsverpflichtung ausgenommen sind Informationen, die
- a) bei Vertragsabschluss allgemein bekannt waren oder ohne Vertragsverstoß allgemein bekannt werden,
 - b) unabhängig von diesem Vertrag entwickelt wurden, oder
 - c) von Dritten ohne Vertraulichkeitsverpflichtung erlangt wurden.
- (6) Nach Vertragsbeendigung sind vertrauliche Informationen auf Verlangen der offenlegenden Partei herauszugeben oder zu löschen, ausgenommen gesetzlich aufbewahrungspflichtige Informationen und Datensicherungen aus regulären Backup-Prozessen.

- (7) Die Vertraulichkeitsverpflichtung gilt für die Vertragslaufzeit und drei Jahre darüber hinaus.

§ 12 Datenschutz und Schweigepflicht

- (1) Die Parteien verpflichten sich zur Einhaltung aller geltenden Datenschutzvorschriften, insbesondere DSGVO, BDSG und StGB. Sie verpflichten ihre Mitarbeiter, Subunternehmer und sonstige Beteiligte entsprechend und weisen diese auf die relevanten Datenschutzbestimmungen hin.
- (2) Soweit § 203 Abs. 4 StGB Anwendung findet, unterliegen der Leistungserbringer und seine Beteiligten einer strafbewehrten Verschwiegenheitspflicht, über die der Leistungserbringer sie aufzuklären hat.
- (3) Erhält der Leistungserbringer personenbezogene Daten, für die der Leistungsempfänger Verantwortlicher i.S.d. Art. 4 Nr. 7 DSGVO ist, erfolgt die Verarbeitung als weisungsgebundener Auftragsverarbeiter. Die Parteien schließen zu diesem Zweck die Vereinbarung in Anlage Nr. 4 „Auftragsverarbeitungsvereinbarung (AVV) ab.

§ 13 Schlussbestimmungen

- (1) Die Angabe der Auftraggeberin als Referenzauftraggeber gegenüber Dritten oder für werbliche oder sonstige Zwecke ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin zulässig.
- (2) Die Parteien sind sich bewusst, dass E-Mail-Nachrichten von Dritten gelesen, verändert, verfälscht werden, verloren gehen oder mit Viren befallen sein können. Ansprüche können hieraus nicht hergeleitet werden. Die Auftraggeberin hat das Recht, ein gemeinsames Verschlüsselungsverfahren einzurichten.
- (3) Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform, soweit nicht notarielle Beurkundung erforderlich ist. Das Schriftformerfordernis gilt auch für Änderungen, Aufhebungen oder einen Verzicht auf die Einhaltung dieser Klausel.
- (4) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus oder im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ergebenden Streitigkeiten ist Hamburg.
- (5) Bei Auslegung des Vertrags ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (6) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit später

verlieren, so berührt dies die Gültigkeit der anderen Vertragsbestimmungen nicht. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen soll eine wirksame und durchführbare Regelung gelten, die - soweit rechtlich möglich - dem am nächsten kommt, was die Vertragsschließenden gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt haben würden, sofern sie bei Abschluss dieses Vertrages diesen Punkt bedacht hätten.

Auftraggeber:

(Ort, Datum)

.....

[Name in Druckschrift]

Auftragnehmer:

(Ort, Datum)

.....

[Name in Druckschrift]